

Liebe Leserinnen und Leser,
hier mein Bericht von der Ratssitzung am 13. Dezember 2012.

Bericht aus der Kleinen Kommission Kö-Bogen

Die Verwaltung berichtete, dass die im Bebauungsplan Kö-Bogen II vorgesehene unterirdische Anbindung der Tiefgarage am Dreischeidenhochhaus umgesetzt werden kann. Mit dem Eigentümer des Dreischeidenhauses wurden vertragliche Regelungen über den Abriss der Spindel sowie die Verlegung des Rückkühlwerkes und des Sprinklertanks getroffen. Während der Bauzeit wird eine Garagenzufahrt im nördlichen Bereich angelegt. Der Umlegungsausschuss hat dem zugestimmt.

Verwaltungsvorlagen

Der Rat stellte bei Enthaltung von Ratsherrn Laubenburg den **Jahresabschluss 2011 des Stadtbetriebs Zentrale Dienste** fest, erteilte der Betriebsleitung und dem Betriebsausschuss Entlastung und stellte zum Ausgleich des Ergebnisses einen Betrag von 341.267,48 Euro zur Verfügung. Er beschloss bei Enthaltung von Ratsherrn Laubenburg den **Wirtschaftsplan 2013** mit einem Volumen von 36,5 Mio Euro.

Der Rat stellte bei Enthaltung von Ratsherrn Laubenburg den **Jahresabschluss 2011 des Stadtentwässerungsbetriebes (SEBD)** fest und entlastete die Betriebsleiter und den Betriebsausschuss. Er beschloss, den Überschuss in Höhe von 15 Mio in Höhe des Barwertvorteils aus dem beendeten US-Lease II in Höhe von 9,6 Mio der allgemeinen Rücklage des SEBD zuzuführen und einen Teilbetrag von Höhe von 2,7 Mio Euro an den allgemeinen Haushalt der Stadt auszuschütten. Weitere Teilbeträge werden den Rücklagen des Stadtentwässerungsbetriebes zugeführt. SPD, BÜ 90, Linke, Laubenburg stimmten gegen die Teilabführung an den städtischen Haushalt.

Der Rat stellte gegen Linke und Ratsherrn Laubenburg den **Wirtschaftsplan des Stadtentwässerungsbetriebes 2013** sowie die Erfolgs- und Vermögensplanung bis 2016 fest. Weiterhin beschloss er einstimmig ab 1.1.2013 **gleich bleibende Gebühren für die Schmutzwasserentsorgung in Höhe von 1,52 Euro je cbm und für die Niederschlagswasserentsorgung in Höhe von 0,98 je qm** befestigter Fläche, wobei für die Niederschlagswasserentsorgung von Gründächern ein ermäßigter Gebührensatz von **0,49 Euro je qm** Gründach gilt. Aus der Gebührenaussgleichsrückstellung werden voraussichtlich 7,4 Mio Euro für 2013 entnommen.

Der Rat beschloss einstimmig neue **Entgelte für die Entleerung, Reinigung und Kontrolle von Fettabseideranlagen**. Bei 6000 Abscheiderreinigungen kommt es zu Gebührenerhöhungen von 13 % zum 1.1.2013.

Gegen SPD, BÜ 90, Linke, Laubenburg u. freie Wähler beschloss der Rat die Gebührenkalkulation für die **Straßenreinigung 2013**. Die Gebührensätze werden um 6,5 % erhöht. Bei zahlreichen Straßen wurden die Reinigungsklassen geändert. Der Antrag der Linken, zur Deckung der Kostensteigerung zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 1,3 Mio Euro einzusetzen, wurde von allen anderen Fraktionen abgelehnt. Der Antrag der SPD-Fraktion, die aus dem Winterdienst entstandenen einmaligen Mehrkosten in Höhe von rd. 481.000 Euro aus allgemeinen Haushaltsmitteln auszugleichen, wurde von CDU, FDP, BÜ 90, Linken bei Enthaltung der freien Wähler abgelehnt. Der Antrag der freien Wähler, wegen der aktuellen Betrugsdebatte die Behandlung in die nächste Sitzung zu verschieben, wurde von allen anderen Ratsmitgliedern abgelehnt. Die Satzung wurde von SPD, Linken und Ratsherrn Laubenburg abgelehnt.

Der Rat beschloss gegen die Linke und Ratsherrn Laubenburg bei Enthaltung der freien Wähler die Gebührenkalkulation und Gebührensatzung für die **Abfallentsorgung 2013**. Die Gebührensätze für die Restmülltonnen steigen um durchschnittlich 1,7 %. Die Gebühren für die Biotonnen werden um 2 % bei Teilservice und 2,6 % bei Vollservice erhöht. Der Antrag der Linken, zur Deckung der Kostensteigerungen zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 0,6 Mio Euro einzusetzen, wurde von den anderen Fraktionen abgelehnt. Redaktionelle Änderungen der Abfallsatzung wurden einstimmig beschlossen.

Der Rat beschloss zahlreiche Gebührenerhöhungen:

- Neufassung der **Entgeltordnung des Garten-, Friedhofs- und Forstamtes** mit Erhöhungen der Preise für den Einsatz von Personal, Fahrzeugen, Verleihpflanzen, und die Nutzung von Einrichtungen des Garten-, Friedhof- und Forstamtes (Enthaltung Linke);
- Änderung der **Verwaltungsgebührensatzung**. Hierdurch werden Gebühren für die Bewilligung von städtischen Fördermitteln im Wohnungsneu- und -umbau in Höhe von 0,4 bis 0,6 % der bewilligten Zuschusssumme eingeführt (gegen SPD, BÜ 90, Linke, Laubenburg, Enthaltung freie Wähler). Auch für ihre „Pflichtaufgaben“ bei der Bewilligung von Fördermitteln des Landes erhebt die Stadt künftig Gebühren von 0,4 bzw. 0,6 % der Darlehenssumme sowie Gebühren von 60 bis 80 Euro für die Bearbeitung von Freistellungen von Belegungsbindungen und Leerstandsgenehmigungen (gegen SPD, BÜ 90, Linke, Laubenburg, freie Wähler) ;
- die **Sondernutzungsgebühren** werden zum 1.1.2013 um 20 % angehoben. Bei unerlaubten Sondernutzungen wird für den rückwirkenden Zeitraum das 2-fache der Gebühr erhoben. Bei den Terrassengebühren wird ab 1.1.2014 eine neue Zone für den Bereich Altstadt, Königsalle inkl. Kö-Bogen und Schadowstraße sowie den Medienhafen eingeführt mit einer weiteren Erhöhung von 10 % (gegen freie Wähler, Linke);
- die Mieten und Eintrittspreise für die vom Sportamt verwalteten **Sportanlagen** werden in einigen Bereichen erhöht (nicht vereinsgebundene Einzelsportler, Sportpark, Eisstadion). Für Geschäftszimmer und Sportheime werden Entgelte festgesetzt (Enthaltung BÜ90, Linke, freie Wähler);
- Bei der **Volkshochschule** wird zwar die Anmeldegebühr von 5 Euro gestrichen, jedoch werden die Teilnehmerbeiträge erhöht, wobei die Mindestteilnehmerzahl gesenkt wird. Für bisher kostenfreie Kurse zum nachträglichen Erwerb von Schulabschlüssen werden nun Aufwandspauschalen eingeführt (gegen SPD, BÜ 90 Linke, Laubenburg, Enthaltung freie Wähler). Der Antrag der freien Wähler, einzelne Gebührenänderungen durchzuführen, fand keine Unterstützung. Die Satzung der Volkshochschule wurde gegen BÜ 90, Linke und Laubenburg angepasst.

Die von der Verwaltung vorgeschlagene Erhöhung der **Hundesteuer** von 96 auf 132 Euro wurde einstimmig abgelehnt.

Die von der Verwaltung vorgeschlagene Einführung einer **Zweitwohnungssteuer** wurde mit den Stimmen von SPD, BÜ 90, FDP, Linken und Laubenburg abgelehnt.

Der Rat beschloss einstimmig eine **Entgeltordnung für das Competence Center Begabtenförderung**. Hierdurch wird die bisherige Befristung der Regelung bis zum 31.12.2012 aufgehoben. Die Leistungen für Einwohner und Einwohnerinnen der Stadt Düsseldorf bleiben kostenfrei.

Der Rat beschloss einstimmig Änderungen der Richtlinie **„Klimafreundliches Wohnen“** zur Förderung von energetischen Sanierungen von Immobilien im Bestand und zur Reduzierung der CO2 Emissionen in privaten Haushalten. Die Anpassungen betreffen Wärmedämmmaßnahmen, Heizungsoptimierung, Kraft-Wärme-Kopplung, Umwälzpumpen und die Dämmung der obersten Geschossdecken von Ein- und Zweifamilienhäusern.

Der Rat änderte einstimmig aufgrund der geänderten Gemeindeordnung die **Satzung**

über die Durchführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden. Das Zustimmungsquorum wurde von 20 auf 10% gesenkt.

Der Rat beschloss die Austragung der **Nationalen Sommerspiele 2014 für Menschen mit geistiger Behinderung** vom 19. bis 23.5.2014 unter Vorbehalt eines zu schließenden Rahmenvertrages. Die Stadt beteiligt sich an den Gesamtkosten der Veranstaltung mit einem Zuschuss in Höhe von 400.000 Euro. Zusätzlich sind personelle, organisatorische und logistische Leistungen zu erbringen und die Sportanlagen entgeltfrei bereitzustellen.

Einstimmig beschloss der Rat die **Errichtung einer dreizügigen Sekundarschule** im sukzessiven Aufbau ab dem 1.8.2013 am Schulstandort Lindenstraße 140. Die Schule soll in integrierte Form als gebundene Ganztagschule geführt werden und den Namen „Städtische Sekundarschule, Schule der Sekundarschule I, Lindenstraße 140“ führen. Zur Sicherstellung der Mittagsverpflegung soll eine provisorische bauliche Lösung gefunden werden. Hierfür stellte der Rat 250.000 Euro im Vorgriff auf die Gesamtkosten bereit. Zugleich beschloss der Rat die sukzessive Auflösung der am Schulstandort Lindenstraße 140 untergebrachten Montessori-Hauptschule Hermannplatz.

Einstimmig beschloss der Rat aus regulären Ankaufsmitteln der Stiftung Museum Kunstpalast und des Filmmuseums eine Zustiftung an die **Wim Wenders Stiftung** in Höhe von 300.000 Euro, zahlbar in jährlichen Raten von 2013 bis 2016. Voraussetzung ist, dass die Stadt dauerhaft im Kuratorium der Wim-Wenders-Stiftung vertreten ist und sich Wim Wenders unwiderruflich vertraglich verpflichtet, sein gesamtes künstlerische Werk in die Wim Wenders Stiftung einzubringen. Zweck der Stiftung ist die Förderung von Kunst und Kultur durch die Verbreitung des filmischen, künstlerischen und literarischen Werkes Wim Wenders. Dies soll durch den Rückerwerb der Film-Rechte, die Sammlung von Arbeitsmaterialien sowie die Sicherung und Archivierung des filmischen und fotografischen Werkes verwirklicht werden. Innovative Filmkunst soll gefördert werden. Durch die Vergabe von Stipendien sollen junge Filmschaffende und Videokünstler gefördert werden. Für den Rückerwerb der Filmrechte bringen die Eheleute Wenders sowie private Dritte einen Betrag von 600.000 Euro ein, das Land NRW wird 600.000 Euro zustiften. Auch über die Kulturstiftung soll ein weiterer Betrag von 300.000 Euro darlehensweise der Stiftung Museum Kunstpalast zur Weiterleitung an die Stiftung Wim Wenders gewährt werden, der durch die Wenders Stiftung in Raten zurückgezahlt wird.

Der Rat beschloss einstimmig, ab 2013 die öffentlichen Teile seiner Sitzungen für einen Erprobungszeitraum von sechs Monaten **per Livestream** ins Internet übertragen zu lassen. Die Zustimmung der Mandatsträger ist erforderlich. Die Kosten betragen 2000 Euro je Ratssitzung. Eine Aufzeichnung und Speicherung auf der städtischen Internetseite ist zunächst nicht vorgesehen. Hier soll der Modellversuch zunächst abgewartet werden.

Personalien

Der Rat wählte einstimmig

- die Schiedsfrau Annegret Deitmar-Hünnekens für die Bezirk Altstadt-Carlstadt-Stadtmitte und die Schiedsfrau Barbara Materne-Blunk für den Bezirk Derendorf-Golzheim;
- Andreas Hartnigk zum ordentlichen Mitglied des Verwaltungsrates der Stadtparkasse und Angelika Penack-Bielor als seine Vertreterin. Die SPD ist weiterhin durch Gudrun Hock (Vertreter Peter Knäpper) und Markus Raub (Vertreterin Helga Leibauer) vertreten;
- die stimmberechtigten Abgeordneten zur Hauptversammlung des Deutschen Städtetages im April 2013. Die SPD ist durch Gudrun Hock vertreten;

- Hans-Jürgen Schnaß in den Ausschuss für anzeigepflichtige Entlassungen bei der Agentur für Arbeit. Vertreter sind Peter Adelskamp und Andrea Kelch;

Der Rat ersetzte

- im Aufsichtsrat der Düsseldorfer Innovations- und Wissenschaftsagentur GmbH (DIWA) Herrn Oberbürgermeister Elbers durch Uwe Kerkmann, die SPD ist weiterhin durch Ionannis Vatalis vertreten;
- im Kuratorium der NRW Forum Kultur und Wirtschaft Herrn Oberbürgermeister durch den Beigeordneten Hans-Georg Lohe, Stellvertreterin Beigeordnete Helga Stulgies;

Der Rat empfahl

- der Ministerpräsidentin, anstelle des Oberbürgermeisters den Beigeordneten Hans-Georg Lohe zum ordentlichen Mitglied und die Beigeordnete Helga Stulgies zum stellvertretenden Mitglied des Kuratoriums der Stiftung „Kunstsammlung NRW“ zu bestellen.

Haushalt 2013

Abgelehnt wurden folgende SPD-Anträge:

- Einstellung des Pressespiegels (105.000 Euro)
- Aktualisierung des Masterplans Kulturbauten bis zum Sommer 2013 einschl. einer Prioritätenliste mit Finanzierungs- und Umsetzungsstrategie
- Stärkung und Förderung der Städtischen Wohnungsgesellschaft, Entwicklung eines Konzept für die Fertigstellung von 100 Wohneinheiten jährlich, Anhandgabe städtischer Wohnbauflächen an die Städt. Wohnungsgesellschaft
- Wohnen wieder bezahlbar machen durch ein Konzept zur Vermittlung von Wohnungen im mittleren und niedrigen Preissegment für Fachkräfte aus den Berufsgruppen mit erhöhtem Fachkräftebedarf, durch die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für Studierende und Auszubildende und durch Festlegung einer Quote von 30 % für die Schaffung von öffentlich geförderten Wohnungen beim Abschluss von städtebaulichen Verträgen mit Investoren und Bauunternehmen, durch Einrichtung eines revolvingierenden Fonds zur Schaffung von Wohnungen im niedrigen und mittleren Preissegment und durch die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für neue Wohnungen, um die Ziele des Stadtentwicklungskonzeptes tatsächlich zu erreichen
- Controlling der Maßnahmen zur Personalkostensenkung durch Berichterstattung in jeder Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses und Darstellung im Haupt- und Finanzausschuss, in welcher Höhe Sachkostenmittel zur Deckung von Personalkosten blockiert werden
- Rücknahme der Kürzung von 400.000 Euro bei der Familienförderung
- 4,91 Mio Euro für die Barrierefreiheit im öffentlichen Personennahverkehr

Den Antrag auf Rücknahme der Kürzung von 400.000 Euro bei der Familienförderung zog die SPD zurück, nachdem der Stadtdirektor erklärte, dass die zugrunde liegende Förderung aus dem Bildungs- und Teilhabepaket als Infrastrukturmaßnahme Schulsozialarbeit finanziert werden kann.

Ein Antrag der SPD, die Änderungen zum Stellenplan weiterhin in der gewohnten Form zur Beratung vorzulegen, notwendige Stellenneuschaffungen und Streichungen vollständig auszuweisen sowie die Streichung des Stellenpools abzulehnen, wurde auf Antrag von BÜ 90 einstimmig in den Personal- und Organisationsausschuss verwiesen.

Abgelehnt wurden folgende gemeinsame Anträge von SPD und BÜ 90:

- Masterplan Schulen mit 47 Mio Euro ansetzen, davon 35 Mio für Sanierung, Unterhalt, Neubau und Barrierefreiheit, 8 Mio für bauliche Maßnahmen im Bereich Ganztage in der Sekundarstufe I; 4 Mio für den Ausbau der offenen Ganztage- und pädagogischen Übermittagsbetreuung; bei der Umsetzung verstärkt externe Unternehmen beauftragen
- Erhöhung des Zuschusses an das zakk e.V. um 45.632 Euro auf den ursprünglichen Haushaltsansatz 2013 von 790.000 Euro

- Kommunale Beschäftigungsförderung – aktive kommunale Arbeitsmarktpolitik durch Rücknahme der Kürzungen bei den Beschäftigungsgesellschaften Zukunftswerkstatt (100.000 Euro), reneatec (50.000 Euro) und Jugendberufshilfe (100.000 Euro) sowie bei der Energieberatung (79.000 Euro), Gespräche mit dem Jobcenter mit dem Ziel, öffentlich geförderte Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose zu erhalten und Perspektiven für die Beschäftigung weiterer Langzeitarbeitsloser zu ermitteln
- Bürgerschaftliches Engagement stärken und weiter ausbauen durch Rücknahme der Kürzungen bei den Aufwendungen für das bürgerschaftliche Engagement (30.000 Euro) und Einführung der Ehrenamtskarte NRW
- 30.000 Euro Mietzuschuss für den Kulturbahnhof Gerresheim
- 75.000 Euro zur Förderung der Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt

Zahlreiche im Jugendhilfe- und im Integrationsausschuss beschlossene Haushaltserhöhungen wurden durch CDU, FDP, freie Wähler wieder zurückgenommen (u. a. ein Antrag des Jugendrates im Zusammenhang mit der nächsten Wahl des Jugendrates)

Der Gesamthaushalt wurde mit den Stimmen von CDU, FDP gegen SPD, BÜ 90, Linke, freie Wähler und Ratsherrn Laubenburg beschlossen. Im Ergebnis führen die Haushaltsberatungen zu einer Entnahme aus der Rücklage in Höhe von 43,3 Mio, nachdem im Haushaltsentwurf noch 23 Mio eingeplant waren.

Während der langen Sitzung kann die Aufmerksamkeit schon mal etwas nachlassen. Deshalb können mir durchaus Fehler unterlaufen, insbesondere bei den Abstimmungsergebnissen. Insofern darf ich hier auf die offizielle Niederschrift der Ratssitzung verweisen. Die Anträge der SPD sind ebenso wie die Haushaltsrede von Markus Raub im Internet zu finden: www.spd-ratsfraktion-duesseldorf.de.

Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern ein frohes und friedliches Weihnachtsfest und für 2013 persönliches Wohlergehen.

Mit freundlichen Grüßen
Helga Leibauer

**V.i.S.d.P.: Helga Leibauer, Am Pesch 28, 40625 Düsseldorf, Tel.: 0211 – 29 82 20,
Email: helgaleibauer@arcor.de**